



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen der Gemeinde Nottuln am 05.05.2010.

Sitzungsort: in der von Aschebergschen Kurie, Stiftsstraße 4, 48301 Nottuln
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:45 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitzender

Wolf-Herbert Haase SPD

Ratsmitglieder

Walburga Frie CDU

Manfred Gausebeck SPD-Fraktion

Dr. Martin Geuking FDP

Stephan Hofacker Bündnis 90/Die Grünen für Herrn Flögel

Alfred Hübner UBG

Thomas Hülsken CDU

Siegfried Laske CDU

Detlef Mesenbrock CDU für Frau Roeing-Franke

Sascha Michalek SPD für Herrn Kunstlewe

Christof Peter-Dosch Bündnis 90/Die Grünen

Hartmut Rulle CDU ab TOP 3 (nichtöffentlich)

Klaus Teichmann UBG

Friedhelm Timpert CDU für Herrn Höcker; ab TOP 3

(nichtöffentlich)

Sachkundige Bürger

Horst Imholt	UBG
Heinz Niederschmidt	CDU

Behindertenbeauftragter

Eberhard Wenzel

Von der Verwaltung

Klaus Fallberg	Beigeordneter	bis TOP 7.1
Bernd Pieper		bis TOP 6
Peter Scheunemann		bis TOP 6
Peter Amadeus Schneider	Bürgermeister	
Söhnke Wilbrand	FBL 3	

Als Gast

Beate Eberhardt	Jürgen & Beate Eberhardt GbR (zu TOP 7.2)
Jürgen Eberhardt	Jürgen & Beate Eberhardt GbR (zu TOP 7.2)
Herr Fronemann	Architekt (zu TOP 7.2)

Schriftführung

Karsten Fuchte

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

A. Öffentliche Sitzung

1	Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
----------	--

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Wolf Haase, stellt erneut die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2	Bestimmung eines Mitgliedes, das die Sitzungsniederschrift mit unterschreibt
----------	---

Zur Mitunterzeichnung der Sitzungsniederschrift wird Ratsherr Rulle bestimmt.

3	Anträge und Eingänge
----------	-----------------------------

Der Ausschussvorsitzende weist auf die Anträge der Grünen-Fraktion zur zentralen Gebäudeleittechnik sowie der SPD-Fraktion zur Breitbandversorgung hin. Hierzu liegt jeweils eine Tischvorlage vor.

Ratsherr Rulle erfragt den Bearbeitungsstand zu den Anträgen der CDU-Fraktion bezüglich der Baugebiete in Darup und Appelhülsen sowie zur Neuberechnung der Naturschutzausgleichsbeiträge für das Gebiet Appelhülsen Nord II. Herr Fuchte kündigt hierzu an, dass zum Tagesordnungspunkt Haushaltsberatungen ein mündlicher Bericht zu den Baugebieten erfolgen soll, sowie eine Tischvorlage zur Neuberechnung der Naturschutzausgleichsbeiträge vorgelegt wird.

Ratsherr Dr. Geuking regt an, dass die Grünen-Fraktion ihren Antrag zur Gebäudeleittechnik zu Beginn der Beratungen über das Konjunkturpaket erläutert.

4	Gebäudeangelegenheiten
----------	-------------------------------

4.1	Alte Amtmannei Vorlage: 056/2010
------------	---

Die Vorlage (056/2010) zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Originalprotokoll als Anlage 2 beigelegt.

Ratsherr Dr. Geuking erläutert, dass seitens der FDP-Fraktion angesichts der Haushaltssituation keine Notwendigkeit gesehen wird, den Beschluss zum Verkauf der Alten Amtmannei rückgängig zu machen.

Ratsherr Rulle erläutert, dass sich die CDU-Fraktion nach intensiver Diskussion auf Grund der guten Nutzungszahlen sowie der schwierigen Vermarktungslage dazu entschlossen hat, für die Aufhebung des Beschlusses zu stimmen. Wünschenswert sei es jedoch, eine Kostendeckung für den Betrieb zu erreichen – möglicherweise in Zusammenarbeit mit der Bürgerstiftung. Diesbezüg-

lich beantragt er eine Prüfung bis zur ersten Sitzung nach der Sommerpause.

Ratsherr Peter-Dosch und Ratsherr Gausebeck schließen sich den Aussagen von Herrn Rulle an.

Ratsherr Hübner unterstützt ebenfalls die Aufhebung des Verkaufsbeschlusses, merkt jedoch Zweifel an der Ernsthaftigkeit vergangener Verkaufsbemühungen an.

Bürgermeister Schneider berichtet, dass die Bürgerstiftung zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Betreuung der Alten Amtmannei anstrebt, dass jedoch grundsätzlich mittelfristig die Gründung einer eigenständigen Stiftung „Alte Amtmannei“ denkbar sei. Daraufhin zieht Ratsherr Rulle den Antrag der CDU-Fraktion zurück.

Beschlussvorschlag:

1. Der gültige Beschluss „Die Suche nach einem möglichen Pächter bzw. Käufer ... mit Vereinbarung der Übernahme der Instandhaltungs- und Bewirtschaftungskosten sollte intensiviert werden.“ aus den Jahren 2002 bzw. 2006 wird aufgehoben.
2. Über bauliche Veränderungen wird in einem gesonderten Beschluss entschieden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 13 Nein 2 Enthaltung 1

4.2 Nutzung der gemeindlichen Häuser Daruper Straße 5-7 Antrag der CDU-Fraktion vom 14.04.2010 Vorlage: 068/2010

Die Vorlage (068/2010) zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Originalprotokoll als Anlage 3 beigelegt.

Die CDU-Fraktion erläutert, dass es angesichts der Haushaltslage wichtig ist, deutlich zu machen, dass auch geringe Einsparpotentiale genutzt werden. Hier sei es schwer vermittelbar, dass einerseits Räumlichkeiten angemietet werden, während andererseits Räume leer stehen.

Ratsherr Hübner verweist auf die im Familienausschuss erfolgte Diskussion und fordert darum den ersten Abstimmungspunkt (Nutzung der Räumlichkeiten durch Fachbereich 2) zurückzuziehen. Der Umbau der Wohnungen zu Büroraum sei zu teuer. Außerdem könne nicht vorhergesehen werden, ob dieser Wohnraum in Zukunft wieder benötigt wird.

Ratsherr Michalek verweist ebenfalls auf die hohen Kosten der Umbaumaßnahme.

Anschließend wird einvernehmlich auf eine Abstimmung zum ersten Punkt des Beschlussvorschlags verzichtet.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, darüber hinausgehende freie Raumressourcen einer Nutzung

durch Dritte zuzuführen. Dieses gilt für die Daruper Straße wie für alle anderen gemeindlichen Gebäude.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen**

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

4.3 Bestandsdarstellung kommunaler Räumlichkeiten Vorlage: 073/2010
--

Die Vorlage (073/2010) zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Originalprotokoll als Anlage 4 beigelegt.

Bürgermeister Schneider führt zu Beginn aus, dass umfassende Prüfaufträge einen hohen Arbeitsaufwand bei der Verwaltung bedeuten.

Ratsherr Rulle begrüßt die nun vorliegende Darstellung, da nun erstmalig Daten für kommende Entscheidungen vorliegen.

Beschlussvorschlag:

Der Zwischenstand der Bestandsdarstellung kommunaler Räumlichkeiten sowie der Raumplan der Gemeindeverwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:
zur Kenntnis genommen**

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

5 Konjunkturpaket

Einleitend weist der Ausschussvorsitzende auf die Tischvorlagen:

- 084/2010 „Antrag der Grünen-Fraktion: Einrichtung einer zentralen Gebäudeleittechnik für die kommunalen Liegenschaften“,
- 077/2010 „Antrag der SPD-Fraktion: Breitbandversorgung“ sowie
- eine ergänzende Tischvorlage (Brief eines Bürgers) zur Vorlage 064/2010 „Alte Amtmannei“ (siehe Anlage 5 des Protokolls)

hin. Diese werden an die Ausschussmitglieder verteilt.

Anschließend erläutert die Grünen-Fraktion den Inhalt der Tischvorlage 084/2010 sowie die SPD-Fraktion den Inhalt der Tischvorlage 077/2010.

Ein Zuschauer legt seine Zweifel an einer Investition in ein Leerrohrsystem ohne gesicherte wirtschaftliche Zukunft dar.

Bürgermeister Schneider schlägt zum weiteren Verfahren angesichts der Fülle von Vorschlägen vor, sich zunächst für eines der beiden Großprojekte (Breitband oder behindertengerechte Ortsgestaltung) zu entscheiden. In der Sitzung des Gemeindeentwicklungsausschusses nach den Sommerferien könne dann eine weitere Prioritätenliste für die dann verbliebenen Mittel festgelegt werden. Zu diesem Zeitpunkt liege auch ein Zwischenstand über den Realisierungsstand und die

entstandenen Kosten bzw. die dann erfolgten Preisabfragen bei den bisher beschlossenen Maßnahmen vor.

Nach einer Sitzungsunterbrechung von 20:00 Uhr bis 20:10 Uhr schlägt der Ausschussvorsitzende vor, zunächst über den Punkt „Gebäudeleittechnik“ und dann über das Großprojekt (Leerrohrsystem oder Umgestaltung des Ortskerns) zu beraten.

5.1	Einrichtung einer zentralen Gebäudeleittechnik für die kommunalen Liegenschaften Vorlage: 084/2010
------------	---

Die Originalvorlage (Tischvorlage: 084/2010) zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Originalprotokoll als Anlage 6 beigelegt.

Nach kurzer Aussprache wird beschlossen:

Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Gemeinde Nottuln setzt 100.000,00 € aus dem Konjunkturpaket II für die Einrichtung einer zentralen Gebäudeleittechnik für die kommunalen Liegenschaften ein.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

5.2	Breitbandversorgung Vorlage: 077/2010
------------	--

Die Originalvorlage (Tischvorlage: 077/2010) zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Originalprotokoll als Anlage 7 beigelegt.

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt „Behindertengerechte Ortsgestaltung“ (072/2010) beraten.

Der Behindertenbeauftragte, Herr Wenzel, spricht sich dafür aus, die Situation für Behinderte vor dem Hintergrund des demographischen Wandels mit der Umsetzung der Umgestaltung des Ortskerns und dem Umbau der Alten Amtmannei zu verbessern. Die Ausgabe in ein Leerrohrsystem habe dagegen eine ungewisse Zukunft; Funktechnik sei hier seines Erachtens als gute Alternative anzusehen.

Ratsherr Michalek betont, dass die Breitbandtechnik im Vergleich zur Funktechnologie weitaus zukunftssicherer sei. Die Verlegung von Leerrohren sei als strategische Investition anzusehen. Zudem sei zu hoffen, dass die tatsächlichen Kosten niedriger als die Kostenschätzung ausfallen.

Ratsherr Dr. Geuking betont, dass die Realisierung beider Maßnahmen sinnvoll sei. Die Umgestaltung des Ortskerns jedoch auf die Zeit nach dem Bau der Ortsumgehung verschoben werden könne, da dies die künftige Gestaltung maßgeblich beeinflusst. Deshalb solle jetzt die einmalige Chance genutzt werden, dass Projekt zur Verlegung von Leerrohren umzusetzen. Dabei sollten jedoch bereits jetzt Gespräche mit künftigen Betreibern geführt werden.

Ratsherr Peter-Dosch sieht ebenfalls das Dilemma, zwischen zwei sinnvollen Maßnahmen auswählen zu müssen. Eine Stückelung bei der Breitbandversorgung sei jedoch schwer denkbar, da dies bedeuten würde, dass nicht alle Ortsteile gleichermaßen mit einer Breitbandverbindung versorgt würden. So sei das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, nicht erfüllt.

Ratsherr Rulle regt eine Prioritätensetzung bei der Breitbandversorgung an. Oberste Priorität hätte danach eine Breitbandversorgung des Gewerbegebietes Beisenbusch; die Versorgung der Ortsteile Schapdetten und Darup jedoch eine geringere. Über letztere könne dann bei Einigkeit über das übrige Gesamtpaket zum Konjunkturprogramm entschieden werden.

Im Anschluss wird zunächst über diesen Tagesordnungspunkt abgestimmt (siehe Beschluss) und dann einstimmig beschlossen, die übrigen Tagesordnungspunkte erst in einer späteren Sitzung zu behandeln, wenn Klarheit über ggf. dann noch verfügbare Mittel besteht.

Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion:

Das Projekt „Breitbandversorgung“ wird zusätzlich in die noch abzustimmende Liste des Konjunkturpaketes II aufgenommen.

**Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich angenommen**

Ja 9 Nein 7 Enthaltung 0

6	Haushaltsberatung 2010 für Fachbereich III Vorlage: 053/2010
----------	---

Die Vorlage (053/2010) zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Originalprotokoll als Anlage 8 beigelegt.

Der Ausschussvorsitzende weist auf die ergänzende Tischvorlage „Antrag der CDU-Fraktion zum Naturschutzausgleich Beisenbusch“ hin (Anlage 9 des Protokolls). Anschließend erläutert Herr Fuchte den Inhalt der Tischvorlage und gibt einen mündlichen Bericht zum Sachstand der Bauleitplanverfahren für die Gebiete Schoppmanns Wiese, Umlegungsgebiet Hellersiedlung und Beisenbusch.

Im Anschluss erfolgt eine nach Produktbereichen getrennte Aussprache.

Produktbereich		Wortmeldungen
a) Bauen		
01	Innere Verwaltung	Zu S. 11, Nr. 19: Auf Nachfrage der UBG-Fraktion führt Herr Fallberg aus, dass es sich hierbei um Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken im Gewerbegebiet Beisenbusch handelt.
02	Sicherheit und Ordnung	Zu S. 19, Nr. 07 „Buß- und Verwarngelder“: Nach Rückfrage aus der CDU-Fraktion erläutert Bürgermeister Schneider, dass der Großteil der Einnahmen aus der Überwachung des ruhenden Verkehrs herrührt. Ein Vergleich mit anderen Kommunen liegt nicht vor. Die eingerichtete Stelle zur Parkraumüberwachung diene im wesentlichen

		<p>nicht der Geldeinnahme, sondern der sensiblen Regulierung des Parkverhaltens. Bürgermeister Schneider sagt zu, ggf. an anderer Stelle das Thema intensiver zu diskutieren.</p> <p>S. 20, Nr. 16 „Marketing Freiwillige Feuerwehr“: Auf Nachfrage erläutert Bürgermeister Schneider, dass durch Marketing langfristig die Personalstärke der Freiwilligen Feuerwehr aufrecht erhalten werden soll. Dabei gehe es insbesondere auch um die Anwerbung von Frauen.</p> <p>S. 19, Nr. 13 „Transport und Unterbringung von Fundtieren“: Auf Nachfrage der CDU-Fraktion erläutert Bürgermeister Schneider, dass die Kommune verpflichtet ist, die Kosten für die recht hohe Zahl von Fundtieren zu übernehmen. Der Tierschutzverein Dülmen nimmt diese zurzeit gegen Kosten-erstattung auf.</p>
03	Schulträgeraufgaben	<p>S. 29, Nr. 16: „Sachverständigenkosten für Umnutzung Bunkeranlage“ Auf Nachfrage der UBG-Fraktion erläutert Bürgermeister Schneider, dass die Gemeinde prüfen möchte, ob die Bunkeranlage der Bezirksregierung Münster unter der Hauptschule für gemeindliche Zwecke – etwa als Archivräume – umgenutzt werden könnte. Durch das Gutachten soll der bauliche Zustand insbesondere im Hinblick auf künftige Betriebskosten geprüft werden.</p> <p>S. 29, Nr. 13 „Schülerbeförderungskosten“: Auf Nachfrage der Grünen-Fraktion erläutert Herr Fallberg, dass es sich hierbei um eine gemeindliche Pflichtaufgabe handelt und Einsparungen somit nicht möglich sind.</p>
04	Kultur	keine Wortmeldungen
05	Soziale Leistungen	keine Wortmeldungen
06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	keine Wortmeldungen
08	Sportförderung	keine Wortmeldungen
09	Räumliche Planung und Entwicklung	Die CDU-Fraktion erfragt, in welcher Höhe bislang Planungskosten für ein Baugebiet in Schapdetten angefallen sind. Bürgermeister Schneider erläutert, dass bislang ausschließlich interner Aufwand entstanden ist.
10	Bauen und Wohnen	keine Wortmeldungen
11	Ver- und Entsorgung	keine Wortmeldungen
12	Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV	<p>Zu S. 76, Nr. 25 „Straßenbaukosten“: Die CDU-Fraktion erfragt, ob die Straßenbaukosten durch Erschließungskostenbeiträge refinanziert werden. Bürgermeister Schneider erläutert, dass dies zumindest teilweise der Fall ist. Dies erfolgt jedoch an anderer Stelle im Haushalt. Er sagt diesbezüglich eine Prüfung zu.</p> <p>Zu S. 75, Nr. 13 „Straßenunterhaltung“ Aus dem Ausschuss wird um eine detailliertere Aufschlüsselung der Position gebeten – insbesondere eine Gegenüberstellung zwischen Wirtschaftswegen und den übrigen Ge-</p>

		meindestraßen. Bürgermeister Schneider führt aus, dass die Unterhaltung der Wirtschaftswege bei den Gemeindewerken geführt wird. Herr Fallberg sagt zu, den Ausschussmitgliedern eine genauere Auflistung zur Verfügung zu stellen.
13	Natur- und Landschaftspflege	Zu S. 81 Nr. 24 „Naturschutzausgleich Beisenbusch“ Auf Rückfrage der UBG-Fraktion erläutert Herr Fuchte, dass bislang geplant ist, den Naturschutzausgleich durch die Wirtschaftsbetriebe des Kreises Coesfeld durchführen zu lassen (Ökokonto), jedoch gegenwärtig noch Alternativen geprüft werden.
14	Umweltschutz	keine Wortmeldungen
15	Wirtschaft und Tourismus	keine Wortmeldungen
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	keine Wortmeldungen
b) Ordnung		
02	Sicherheit und Ordnung	keine Wortmeldungen
12	Verkehrsflächen und –anlagen	keine Wortmeldungen
15	Wirtschaft und Tourismus	keine Wortmeldungen

Anschließend wird der Beschlussvorschlag auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden um den Zusatz „vorbehaltlich der zugesagten weiteren Informationen“ ergänzt.

Beschlussvorschlag:

Die im Sachverhalt aufgeführten Produktbereiche werden vorbereitend für den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat beraten und vorbehaltlich der zugesagten weiteren Informationen empfehlend beschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 7

7	Planungsangelegenheiten
7.1	1. Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 119 "Zwischen Kirchplatz und Heriburgstraße"; hier: Satzungsbeschluss Vorlage: 055/2010

Die Vorlage (055/2010) zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Originalprotokoll als Anlage 10 beigelegt.

Ratsfrau Frie erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Ohne Aussprache wird beschlossen:

Beschlussvorschlag:

Die 1. Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 119 „Zwischen Kirchplatz und Heriburgstraße“ (siehe Anlage 2 und 3) wird gem. § 10 BauGB in Verbindung mit § 12 BauGB als Satzung beschlossen. Die zugehörige Begründung (siehe Anlage 4) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

7.2 Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 53 "Schulze Frenking III" hinsichtlich der Grundflächenzahl und der Geschossflächenzahl hier: Aufstellungsbeschluss Vorlage: 061/2010

Die Vorlage (061/2010) zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Originalprotokoll als Anlage 11 beigelegt.

Der Tagesordnungspunkt wird erst nach Tagesordnungspunkt 8 behandelt, da der Investor zunächst noch nicht anwesend war.

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Vorhabenträger, Herrn und Frau Eberhardt, sowie den später hinzukommenden beauftragten Architekten Herrn Fronemann.

Die Grünen-Fraktion betont, dass sich die Auseinandersetzung mit dem Objekt gelohnt habe, da sich so Optimierungsmöglichkeiten gezeigt haben. Weiterhin wünschenswert sei, wenn baulich möglich, eine Absenkung des Daches des Verbindungsgebäudes. Herr Eberhardt sagt zu, dass dies weiterhin geprüft wird.

Die UBG-Fraktion bemängelt, dass die Parkregelung weiterhin nicht ausreichend gelöst sei. Bürgermeister Schneider erläutert, dass zwischen baurechtlich nachzuweisenden und in der Praxis erforderlichem Stellplatzbedarf unterschieden werden müsse. Baurechtlich seien alle Anforderungen erfüllt. In der Praxis sei unter Umständen nach Bau des Objekts eine Regulierung der öffentlichen Parkflächen mit anschließenden Kontrollen erforderlich, denn grundsätzlich seien genug Stellplätze im Umfeld vorhanden.

Die FDP-Fraktion begrüßt die Bereitschaft des Investors einen Konsens zu finden. Jetzt sei es wichtig, das Projekt nicht weiter zu verzögern.

Die CDU-Fraktion schließt sich dieser Meinung an und hält hinsichtlich der Stellplatzsituation den Weg der Ablösung bei sich ergebender Notwendigkeit für richtig.

Bürgermeister Schneider erläutert, dass seitens des Investors Bereitschaft besteht, einen Teil der angrenzenden Parkanlage zu kaufen, was ihm die Herstellung der Stellplätze auf dem eigenen Grundstück ermöglicht. Weiterhin berichtet er von Gesprächen mit der Kirchengemeinde und einem Anwohner. Hier könnten sich in Zukunft weitere Umnutzungen des Gebäudebestandes ergeben, so dass zukünftig eine positive Weiterentwicklung des gesamten Umfeldes möglich sein könnte.

Die UBG-Fraktion weist darauf hin, dass das Vorhaben nicht zu Einschränkungen bei Veranstal-

tungen in Schulze Fenking's Hof führen dürfe. Bürgermeister Schneider erläutert, dass hier zur Verhinderung von Konflikten teilweise Schallschutzfenster vorgesehen seien.

Die Grünen-Fraktion erfragt, was bei einem Wechsel des Investors passiere. Herr Wilbrand erläutert, dass dieser dann grundsätzlich nur an die Festsetzungen des dann geltenden Bebauungsplanes gebunden sei. Es bestünden jedoch zum Beispiel noch Einflussmöglichkeiten auf Grund des vorgesehenen Grundstücksverkaufes. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass mit dem Beschluss in dieser Sitzung erst das Verfahren eingeleitet wird und daher noch keine endgültige Entscheidung gefallen sei.

Weiterhin wird durch die Grünen-Fraktion erfragt, ob die beantragte Erhöhung der Grundflächenzahl und der Geschossflächenzahl im vollen Umfang erforderlich sei. Herr Fronemann führt aus, dass bei Berücksichtigung des möglichen Grundstückskaufes zwar weiterhin eine Änderung des Bebauungsplanes notwendig sei, jedoch eine Erhöhung nicht mehr im vollen Ausmaß erforderlich sei. Im Ausschuss herrscht Konsens, dass in diesem Fall die Erhöhung möglichst gering ausfallen sollte.

Der Beschlussvorschlag wird dahingehend ergänzt und anschließend beschlossen:

Beschlussvorschlag:

Für den Bebauungsplan Nr. 53 „Schulze Frenking III“ wird entsprechend den Anträgen vom 24.11.2009 und vom 28.12.2009 unter Einbeziehung der in der Sitzung vorgetragenen Anregungen ein Änderungsverfahren gemäß § 13a BauGB (beschleunigtes Verfahren) eingeleitet und die Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB beteiligt.

Ergänzend wird ein Städtebaulicher Vertrag zu den im Sachverhalt genannten Punkten vorbereitet.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 15 Nein 1 Enthaltung 0

7.3 Antrag eines Bürgers zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 112 "Westlich Dülmener Straße" hinsichtlich der Hauptfirstrichtung und der Dachneigung Vorlage: 063/2010

Die Vorlage (063/2010) zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Originalprotokoll als Anlage 12 beigelegt.

Der Ausschussvorsitzende weist auf eine ergänzende Tischvorlage hin (Schreiben eines Bürgers zum Thema, siehe Anlage 13 des Protokolls).

Aus der CDU-Fraktion wird der Antrag zur Änderung des Bebauungsplanes unterstützt, um energetische Maßnahmen zu unterstützen und da es sich auf Grund der ursprünglich geplanten Doppelhaushälften um eine Sondersituation handelt.

Die FDP-Fraktion unterstützt den Tenor des als Tischvorlage vorliegenden Schreibens und lehnt eine so schnelle Änderung des Bebauungsplanes ab.

Die UBG-Fraktion hält eine Korrektur der Planung mit Schwerpunktsetzung auf ökologische As-

pekte für sinnvoll.

Anschließend schildert der als Zuschauer anwesende Antragsteller seine Situation.

Beschlussvorschlag:

1. Ein Änderungsverfahren für den Bebauungsplan Nr. 112 „Westlich Dülmener Straße“ hinsichtlich der Festsetzung der Hauptfirstrichtung im Bereich angrenzend an die Olympiastraße wird eingeleitet.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich angenommen

Ja 14 Nein 1 Enthaltung 1

2. Dem Antrag zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 112 „Westlich Dülmener Straße“ hinsichtlich der festgesetzten Dachneigung wird nicht gefolgt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 1

**7.4 Änderung des Bebauungsplans Nr. 8 "Schul-, Sport und Erholungszentrum" im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB; hier: Satzungsbeschluss
Vorlage: 054/2010**

Die Vorlage (054/2010) zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Originalprotokoll als Anlage 14 beigelegt.

Ohne Aussprache wird beschlossen:

Beschlussvorschlag:

1. Die in Anlage 1 gegebenen Abwägungsempfehlungen werden beschlossen.
2. Die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8 „Schul-, Sport- und Erholungszentrum“ erweitert durch Bebauungsplan Nr. 55 „Gymnasium - Erweiterung des Bebauungsplans Nr. 8 „Schul-, Sport-, und Erholungszentrum“ (siehe Anlage 2) wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Die dazugehörige Begründung (siehe Anlage 3) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 1

8 Verkehrsangelegenheiten

9 Umweltangelegenheiten

9.1	Beitritt zum Klimabündnis der Europäischen Städte und Gemeinden Vorlage: 059/2010
------------	--

Die Vorlage (059/2010) zu diesem Tagesordnungspunkt ist diesem Protokoll als Anlage 15 beige-fügt.

Bürgermeister Schneider weist darauf hin, dass sich der Mitgliedsbeitrag mittlerweile abweichend von der Sachverhaltsdarstellung von 180 € auf 200 € erhöht hat.

Anschließend wird ohne Aussprache beschlossen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss beschließt, dem Klima-Bündnis der Europäischen Städte und Gemeinden mit indi-genen Völkern der Regenwälder e.V. beizutreten.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich angenommen**

Ja 11 Nein 5 Enthaltung 0

10	Ordnungsangelegenheiten
-----------	--------------------------------

11	Verschiedenes
-----------	----------------------

Wolf-Herbert Haase
Vorsitzender

Hartmut Rulle
Ausschussmitglied

Karsten Fuchte
Schriftführer